

Stellungnahme Bürgermeister Jochen Kuttler/6.6.2017

Ankündigung der Schließung des Krankenhauses Wadern

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dies ist ein sehr trauriger, ein schwarzer Tag. Nicht nur für die Stadt Wadern, sondern für die ganze Region.

1865 kamen die ersten drei Franziskanerinnen nach Wadern, um dort die Pflege von armen und kranken Menschen und die Erziehung von Waisenkindern zu übernehmen. Unter großen Schwierigkeiten wurde dann 1884 mit dem Bau eines kleinen Krankenhauses begonnen. 133 Jahre später, nämlich genau heute, hat die Marienhaus GmbH verkündet, den Standort Wadern zum Ende des Jahres 2017 aufgeben zu wollen.

Die Marienhauskliniken sahen sich bislang mit einem besonderen Auftrag verbunden, der sich in ihrem Leitbild widerspiegelt. Ich zitiere

- „Wurzeln, aus denen wir kommen.“
- „Grundsätze, für die wir eintreten.“
- „Menschen, für die wir da sind.“
- „Menschen, die mit uns arbeiten.“
- „Lebensräume, die wir mitgestalten.“
- „Vorbild, an dem wir uns orientieren.“

Schöne Worte, die mit der Ankündigung heute wohl kaum in Übereinstimmung zu bringen sind. Die geplante Schließung des Krankenhauses in Wadern zum Jahresende ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Bankrotterklärung wirtschaftlich verantwortungsvollen Handelns und eine Hiobsbotschaft, die weit über die Stadt Wadern hinaus für Verbitterung, Enttäuschung und eine Menge Wut sorgen wird.

Ich sage es frei heraus: Die Stadt Wadern lehnt die geplante Schließung des hiesigen Krankenhauses vehement ab. Wir werden uns mit allen Mitteln dagegen wehren! Diese Entscheidung ist unverantwortlich, sie ist unsozial und zudem völlig verantwortungslos.

Seit meinem Amtsantritt – und auch in der Zeit meines Vorgängers – hat die Stadtverwaltung nichts unversucht gelassen, die Entwicklung in Bezug auf den Krankenhausstandort Wadern in eine positive Richtung zu lenken. Es gab über die Jahre hinweg und besonders in den letzten drei Jahren unzählige Gespräche, sowohl mit dem Vorstand und der Geschäftsführung des Trägers als auch mit den Verantwortlichen im zuständigen Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Saarbrücken. Gespräche, die oft erst auf unsere nachdrückliche Initiative hin stattfanden.

Darin wurde zwar immer wieder die schwierige Situation der Krankenhäuser allgemein erläutert, eine Schließung des Standorts stand aber von Seiten der Marienhaus GmbH nie zur Debatte. Ganz im Gegenteil: Noch im Frühjahr 2016 haben hochrangige Vertreter der Marienhaus GmbH im Rahmen einer CDU-Veranstaltung mit dem mittlerweile wie Hohn klingenden Titel „Entwicklung des neuen Verbundkrankenhauses Hochwald“ öffentlichkeitswirksam mitgeteilt, mit einer Verbundlösung der Häuser in Hermeskeil, Lebach, Losheim und Wadern eine dauerhafte tragfähige Konzeption für den Hochwald gefunden zu haben. Heute sind wir diesbezüglich und ziemlich genau zwei Monate nach der saarländischen Landtagwahl ein gutes Stück schlauer.

Werte Entscheider der Marienhaus GmbH, Sie dürfen sich keiner Illusionen hingeben: Die Stadt Wadern und ihre Bürgerinnen und Bürger werden sich keineswegs damit abfinden, dass ihr Krankenhaus zugunsten anderer Standorte geopfert wird. Und nichts anderes geschieht ja. Unsere Stadt ist von Marienhaus-Einrichtungen umgeben. Da ist der Verlust eines Standorts in der Mitte für Sie wahrscheinlich sogar in Bezug auf die Patientenströme zu verschmerzen, weil den meisten Menschen, die hier bei uns leben, angesichts der Entfernung der Kliniken anderer Träger ohnehin keine Wahl bleibt. So könnte Ihre Rechnung aussehen. Sie wird allerdings nicht aufgehen. So naiv sind die Menschen hier nicht. Sie wissen genau, wer zu ihnen hält und wer sie aufgegeben hat. Insofern sind Sie gut beraten, die Entscheidung, den Standort Wadern aufzugeben, nicht nur zu überdenken, sondern nach all den Jahren des Darbens, des schleichenden Verfalls, endlich ein tragfähiges Konzept für eine sinnvolle und zukunftsweisende medizinische Versorgung der Menschen in unserer Region vorzulegen. Wie immer diese auch aussehen mag und in welcher Form sie vor Ort gewährleistet werden soll.

Das oft vorgebrachte Argument, dass der Träger an dem Standort länger durchgehalten hat als es jeder andere, frei am Markt handelnde Akteur, getan hätte, finde ich persönlich zynisch. Die Wahrheit ist bitter, aber an einem Tag wie heute, muss sie auf den Tisch: Die Marienhaus GmbH hat den Standort runtergewirtschaftet. Sie hat seit Jahren keinerlei Leitinvestitionen hier getätigt. Sie hat das Krankenhaus in Wadern Stück für Stück heruntergefahren. Sie hat sich in den letzten Jahren nie wirklich ernsthaft dafür eingesetzt, Innovation einzubringen, mit neuen Abteilungen neue Patientenströme nach Wadern zu lenken. Es war ihnen auch nicht wichtig, mit dem Aufbau neuer Standbeine die Existenz eines ihrer – historisch gesehen – ältesten Häuser nachhaltig zu sichern. Und das, obwohl ihnen etliche Konzepte dafür vorlagen. Unter anderem von ihrer Ärzteschaft und auch von den renommierten Chefärzten, die dieses Haus über Jahrzehnte hinweg geprägt haben. Selbst ihre Stimmen blieben ungehört.

Es ist unbestritten, dass das wirtschaftliche Umfeld für kleinere Häuser angesichts der herrschenden Krankenhausstrukturpolitik mehr als schwierig ist. Allerdings sind die Probleme am Standort Wadern in höchstem Maße selbst verschuldet. Ein Sanierungsstau, der über fast 15 Jahre anhält. Eine Personalpolitik, die den Standort ständig geschwächt hat – hier nenne ich nur das Stichwort: ein Chefarzt für mehrere Häuser. Sie haben die Ausnahme zur Regel gemacht.

Sie konnten sich durch das permanente Klima der Verunsicherung auch des Stillhaltens ihrer Belegschaft sicher sein. Wer zwischen Hoffnung und Angst um seinen Arbeitsplatz hin und her wankt, wählt für gewöhnlich eher die Hoffnung. Und duckt sich weg. Die Hinhaltetaktik gegenüber den 193 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese seit Jahren zermürbt – und das war und ist in diesen Räumen greifbar –, war und ist menschlich wie moralisch kaum zu ertragen. Anstatt die

anstehenden Fragen offensiv und kreativ anzugehen, auch im Diskurs mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, hat die Marienhaus GmbH mit einer nebulösen Politik des Status Quo zu Lasten des Standorts Wadern die jetzige Situation in erheblichem Maße mit zu verantworten. An dieser Entwicklung mögen die heute handelnden Akteure, und das sage ich ganz ausdrücklich, keine Schuld haben. Die Verantwortung für das Hier und Jetzt tragen sie aber trotzdem. Auch das gehört zur bitteren Wahrheit des heutigen Tages dazu.

Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, dass die Schließung des hiesigen Krankenhausstandorts für die Stadt Wadern einer Katastrophe gleichkommt: Auch wenn die Marienhaus GmbH ankündigt, möglichst sozialverträgliche Lösungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Standorts Wadern zu suchen, verlieren erst einmal 193 Menschen ihren Job. Niemand kann von uns ernsthaft erwarten, dass wir das einfach so hinnehmen. Ganz sicher nicht! Meine Damen und Herren: Es gilt, jetzt Farbe zu bekennen. Und zwar nicht nur als Institution Stadt, sondern auch als Bürgerin und Bürger dieser Kommune. Der Protest soll spürbar sein. Und er wird spürbar sein. Dafür werden wir sorgen.

Die Schließung des Krankenhauses schwächt auch das Handels- und Dienstleistungszentrum Stadt Wadern. Und zwar in erheblichem Maße. Das mag zwar an diesem Tage nur eine Randnotiz sein, der Schaden, der heute hier für Ende des Jahres in Aussicht gestellt wird, ist allerdings in seiner wirtschaftlichen Auswirkung auf Dauer noch gar nicht anzusehen.

Natürlich wird sich auch der Stadtrat der Stadt Wadern mit der Hiobsbotschaft des heutigen Tages alsbald beschäftigen – wir haben eine Sitzung des Rates für den 22. Juni 2017, 18.30 Uhr, in der Herbert-Klein-Halle angesetzt. Zu dieser Sitzung lade ich alle diejenigen ein, die sich ihrem Krankenhaus verbunden fühlen. Neben der ungewissen Zukunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht nämlich auch die medizinische Versorgung der Bevölkerung der ganzen Region auf dem Spiel.

Kommen wir zu Gedankenspielen, die sich an einem Tag wie heute förmlich aufdrängen. Wer glaubt, die Welt sei morgen wieder in Ordnung, weil ein Patient ja in 30 Fahrminuten das nächste Krankenhaus erreichen kann, verkennt die Realität. Die Stadt Wadern ist als Mittelzentrum Dreh- und Angelpunkt für eine ganze Region. Für einen Patienten in höchster Not ist es bis nach Merzig, Lebach oder Hermeskeil von den unterschiedlichen Punkten des Hochwalds aus eine Ewigkeit. Und die Versorgung mit Notfalleistungen am Standort Losheim ist wohl jenseits der konservativen Orthopädie und einer inneren Abteilung im Schmalspurformat kaum ausreichend, um hier von einer ernsthaften Alternative sprechen zu wollen. Wir wollen keine Vertröstung, sondern eine Lösung, die die Zukunft der medizinischen Versorgung der Hochwaldbevölkerung sichert und damit auch die Arbeitsplätze von 193 Menschen, die nicht nur in unserer Stadt einen Job gefunden haben, sondern unsere Verwandten, Nachbarn und Freunde sind.

Ich finde es in diesem Zusammenhang mehr als befremdlich – und die Wortwahl dürften Sie als Euphemismus ansehen, dass von Seiten des Trägers noch kein Wort darüber verloren wurde, wie er sich denn die Zukunft hier am Standort vorstellt. Selbst, wenn man eine Schließung unterstellt, was wir zu verhindern suchen werden, würde mich schon interessieren, wo denn die mehr als 80 Betten in diesem Haus ab 2018 untergebracht werden sollen. Was mit dem Gebäude, in dem wir uns gerade befinden, sinnvollerweise geschehen soll. Wie die medizinische Versorgung der

Bevölkerung vor Ort gewährleistet werden soll. Die Tatsache, dass sie auf diese Fragen noch nicht einmal den Ansatz einer Antwort parat haben, spricht Bände über die Sinnhaftigkeit ihres Handelns. Sie zeichnet aber leider auch ein sehr nachdenklich stimmendes Bild darüber, wie wichtig ihnen die Menschen hier vor Ort, inklusive ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind.

Lassen Sie mich kurz ein Wort über die politische Dimension des heute hier vorgetragenen verlieren: Die Menschen im Hochwald erwarten Unterstützung aus der Politik. Diese Botschaft ist klar und unmissverständlich an die saarländische Landesregierung gerichtet. Meine Damen und Herren in Saarbrücken: Sie tragen rechtlich die Verantwortung für die Versorgung der Menschen mit medizinischen Dienstleistungen. Ich fordere Sie als Repräsentanten dieser Menschen nachdrücklich auf, den Schließungsabsichten der Marienhaus GmbH ebenso mit Macht entgegenzutreten wie ich Sie ersuche, mit uns gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten, wie in der Stadt Wadern die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann. Es darf nicht sein, dass das nördliche Saarland immer mehr von der Entwicklung in anderen Teilen unseres Bundeslandes abgehängt wird. Wir reklamieren hier Artikel 72 des Grundgesetzes, der eine "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse" vorschreibt. Dass diese auch für den Hochwald gilt, darf mit dem heutigen Tag getrost bezweifelt werden.

Wir werden dabei selbstverständlich das Angebot der Landesregierung, eine sogenannte „Task Force“ zu bilden, um Wege aus der Katastrophe zu suchen, natürlich auch als Stadt annehmen. Das heißt aber nicht, dass wir den Kampf um dieses Haus aufgeben. Ganz im Gegenteil. Und an die Adresse der Verantwortlichen der Marienhaus GmbH sei gesagt: Anstelle von vagen Schließungserklärungen, ohne auch nur eine konkrete Aussage für den Fortgang der Dinge, erwartet die Stadt Wadern von der Marienhaus GmbH in kürzester Frist ein tragfähiges Konzept, wie das Krankenhaus und vor allen Dingen die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im nördlichen Saarland dauerhaft und professionell gesichert werden kann.

Meine Damen und Herren, Sie können davon ausgehen, dass unser Widerstand zu den heute erklärten Absichten der Marienhaus GmbH ebenso kreativ wie intensiv sein wird. Wir verschließen uns dabei keineswegs konstruktiven und kreativen Lösungen. Aber wir stehen in allererster Linie zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Hauses, aber auch für die Sorgen und Nöte der heutigen und künftigen Patientinnen und Patienten dieser Klinik ein. Das können Sie, das müssen Sie leider als Kampfansage verstehen.

Ich danke Ihnen.